

# Bundeswehrreform 2011- Risiken und Chancen

Reinhard Uhle-Wettler

Der Bundesminister der Verteidigung Dr. Thomas de Maizière hat am 18. Mai 2011 in der Berliner Julius-Leber-Kaserne in einer sehr beachtlichen Rede die seit dem vergangenen Jahr vorbereitete Reform der Bundeswehr vorgestellt. Als geladene Gäste begrüßte er „die Damen und Herren aus dem Deutschen Bundestag, die lieben Kollegen aus der Politik, die Damen und Herren der Personal- und Interessenvertretungen“ sowie weitere ungenannte Damen und Herren.

Die Rede beginnt mit der Feststellung, dass die Entscheidungen über die Neuausrichtung der Bundeswehr getroffen worden sind. Dem folgt etwas später: „Die Neuausrichtung der Bundeswehr muß sicherheitspolitisch begründet sein, sie muß fähigkeits- und einsatzorientiert erfolgen. Sie muß nachhaltig finanziert sein und sie muß demographiefest sein.“ Die Rede endet mit den fast beschwörenden Worten: „Die Bundeswehr dient mit ihren Soldaten und zivilen Angehörigen unserer Gesellschaft. Und deswegen ist ihr Platz in der Mitte der Gesellschaft, aber nicht nur an einem Tag (der offenen Tür, R.U.-W.) im Jahr.

Das Ziel ist klar vor Augen:

- Nationale Interessen wahren,
- internationale Verantwortung übernehmen,
- Sicherheit gemeinsam gestalten

diesem Auftrag sind wir verpflichtet.

Wir haben uns viel vorgenommen. Die Grundentscheidungen sind getroffen. Der Rahmen ist gesteckt. Begeben wir uns gemeinsam auf diesen Weg. Das ist ab heute unser Auftrag.“

Zur Rede gehören die so genannten „Verteidigungspolitischen Richtlinien“, ein umfangreicher, gesonderter Text, der den strategischen Rahmen für den Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr als Teil der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge beschreibt. Darüber hinaus wurden „Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr“ in schriftlicher Form bekanntgegeben. Sie unterstreichen kurz gefasst die Grundlagen der Reform und die Eckpunkte der Umsetzung der „Neuausrichtung“. Der Eckpunkt Nr. 1 der Umsetzung lautet:

Auf dieser Grundlage (die sich weltweit dynamisch verändernden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen, R.U.-W.) wird der zukünftige Bundeswehrumfang aus bis zu 185000 Soldatinnen und Soldaten und 55000 zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehen. Die Streitkräfte setzen sich aus 170000 Berufs- und Zeitsoldatinnen und –soldaten (einschließlich Reservistinnen und Reservisten) und aus einer Anzahl von 5000 bis zu 15000 Freiwillig Wehrdienstleistenden zusammen. Es werden rund 10000 Soldatinnen und Soldaten zeitgleich durchhaltefähig für Einsätze verfügbar sein.

Das Ministerium wird wesentlich verkleinert. Es soll nur noch über etwa 2000 Angehörige verfügen. Dies wird unter anderem durch die Ausgliederung der unterstellten Organisationsbereiche der Teilstreitkräfte, der Streitkräftebasis und des Sanitätsdienstes erreicht.

In der Rede lesen wir den nüchternen Kernsatz: „Die Bundeswehr ist ab dem 1. Juli eine reine Freiwilligenarmee.“

### **Strategische Weichenstellung**

Wer die genannten Unterlagen kritisch zur Kenntnis nimmt, wird feststellen, dass es sich hier um eine strategische und nachhaltige Weichenstellung handelt und zugleich ein neuer Ton angeschlagen wird, der sich unmißverständlich von früheren Verlautbarungen des Ministeriums abhebt: „Es ist ehrenvoll, in deutscher Uniform für eine bessere, gerechtere, freiere und sichere Welt einzutreten. Darauf können wir in aller Bescheidenheit stolz sein. Und es ist gut, wenn wir das von Zeit zu Zeit auch einmal öffentlich zeigen – aber auch, wenn es uns gezeigt wird.“ Und weiter: „Die Befähigung zum Kampf als höchster Anspruch an Personal, Material und Ausbildung muss in einem gemeinsamen Kräftedispositiv der Maßstab für die Einsatzbereitschaft sein – die Befähigung zum Kampf.“

Besonders wichtig ist die folgende Ausführung, die das Grundproblem der Bundeswehr wie früherer Streitkräfte beim Namen nennt: „Vielleicht waren die Finanzen und das Thema Wehrpflicht die Auslöser für den Prozess der Neuorganisation. Ihre Ursachen und ihre Notwendigkeit liegen tiefer. Sie liegen begründet in der Sicherheitspolitik und dem Ziel, Auftrag, Mittel und Struktur in Einklang zu bringen.“ Dieser Satz ist im Zusammenhang mit der Lagefeststellung des Ministers zu sehen: „Die Bundeswehr ist schon lange strukturell unterfinanziert für die Aufgaben, die ihr inzwischen gestellt wurden. Und sie verfügt nicht über die Mittel, die Ziele zu erreichen, die ihr gesetzt wurden.“

Zum Selbstverständnis des Soldaten tragen folgende Sätze bei: „Früher, im kalten Krieg hieß es: „kämpfen können um nicht kämpfen zu müssen“. Heute müssen unsere Soldaten kämpfen können, um erfolgreich zu sein, um nicht sterben zu müssen und um zu verhindern, dass andere, vor allem Unschuldige, sterben.“

Sie können ihre Aufgabe nur dann gut erfüllen, wenn Staatsführung und Gesellschaft ihren Dienst als gesellschaftlich notwendig, als ehrenhaft und als sittlich legitimiert anerkennen....Wir gedenken heute auch unserer gefallenen Soldaten. Sie sind Patrioten in unseren Herzen. Ihr Tod ist uns Verpflichtung. Wir fühlen mit den Angehörigen.“ Schließlich: „Soldat zu sein, ist kein Beruf wie jeder andere. In keinem anderen Beruf wird verlangt, für die Erfüllung des Auftrages, für den Dienst an unserem Land, tapfer das eigene Leben einzusetzen.“

Wer, wie der Autor, den Aufbau der Bundeswehr erlebt und mitgestaltet hat, ist über die Hinnahme solcher damals heiß umstrittenen und zum Teil hart bekämpften Feststellungen ziemlich verblüfft. Die Wahrheit ist nun doch endlich wieder an das Licht gekommen und kann auch ohne Gefahr für die Karriere oder gesellschaftliche Ächtung vertreten werden.

## **Risiken**

Schon diese Ausführungen belegen, dass die Bundeswehr offensichtlich einen Minister hat, der durch Mut, Sachkenntnis und Klarheit hervortritt. Natürlich ist die Frage erlaubt, ob er sich in einer Gesellschaft durchsetzt, die sich lange Zeit als Spaßgesellschaft in einem überwiegend von Parteiinteressen bestimmten Staatswesen organisiert hat. Wir erlauben uns die Vermutung, dass die Reform nur gelingen kann, wenn sich alle politischen Organe, also auch der Bundespräsident, die Regierung und die Parteioberen, die öffentlichen Verantwortungsträger sowie die Bildungseinrichtungen hinter den Neuansatz der Sicherheitspolitik stellen. Das wäre dann die berühmte, bisher nicht verwirklichte geistige Wende, die wir dringender denn je benötigen. Der Minister betont daher auch immer wieder „ressortgemeinsames“ Handeln. Ein Beispiel aus den Verteidigungspolitischen Richtlinien: „Die traditionelle Unterscheidung von äußerer und öffentlicher Sicherheit im Innern verliert angesichts der aktuellen Risiken und Bedrohungen mehr und mehr ihre Bedeutung. Die Wahrung unserer Interessen ist heute nur ressortgemeinsam möglich. Deshalb ist eine gesamtstaatliche, umfassende und abgestimmte Sicherheitspolitik erforderlich, die politische und diplomatische Initiativen genauso umfasst wie wirtschaftliche, entwicklungspolitische, polizeiliche, humanitäre, soziale und militärische Maßnahmen. Eine umfassende nationale Sicherheitsvorsorge kann nur gewährleistet werden, wenn alle verantwortlichen staatlichen Institutionen und Kräfte Deutschlands unter Beachtung ihrer verfassungsrechtlich vorgegebenen Zuständigkeiten und Kompetenzen vorausschauend und ressortgemeinsam handeln. Dazu ist das zielgerichtete Zusammenwirken des Auswärtigen Dienstes, der Entwicklungshilfe, der Polizei, der Streitkräfte, des Zivil- und Katastrophenschutzes und der Nachrichtendienste auf allen Ebenen zu verstärken.“

Im Übrigen wird es darauf ankommen, dass sich die Massenmedien bereit finden, eine öffentliche Diskussion über die neue Sicherheitspolitik in Gang zu setzen und wach zu halten. Nur so können das wohlwollende Desinteresse an der Bundeswehr und das Unwissen über die Erfordernisse der deutschen Sicherheitspolitik wirksam zum Besseren beeinflusst werden. Es handelt sich ja bei der Bundeswehrreform um das Gemeinwohl jenseits der Parteiinteressen. Wir werden sehen, ob dieses Land überhaupt noch ansprechbar auf Staatsinteressen ist. Das Aufkommen an den benötigten Freiwilligen wird diese Frage beantworten.

## **Allgemeine Dienstpflicht**

Wenn der Minister in seiner Rede wiederholt den Dienst an der Gesellschaft, (wohlgemerkt: nicht am deutschen Volk!), anspricht und positiv herausstellt, können wir ihm durchaus zustimmen. Leider wird dabei aber nicht die eigentlich erforderliche Allgemeine Dienstpflicht angesprochen, wie sie der bekannte Journalist Karl Feldmeyer in der Zeitung „Junge Freiheit“ vom 1. 10. 2010 gefordert hat. Ähnliches hat der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU) laut „Welt“ vom 28. 8. 2010 in einem Positionspapier vorgeschlagen. Die Wehrpflicht sei zu einer Heimatschutzpflicht weiterzuentwickeln. In diese wären Polizeidienst, Zivil- und Katastrophenschutz, Dienst bei Technischem Hilfswerk, Feuerwehr, Rotem Kreuz und Johanniter-Unfallhilfe einzubeziehen. Dieser breitgefächerte Dienst käme einer allgemeinen Dienstpflicht recht nahe und böte viele Wahlmöglichkeiten.

## **Militärgerichtsbarkeit**

Eine „Armee im Einsatz“ braucht wie in anderen Demokratien auch ein Wehrrecht für den Einsatz. Das bedeutet konkret, dass endlich eine funktionierende Militärgerichtsbarkeit zu schaffen ist, die den weltweiten Einsatzbedingungen gerecht werden kann, mit den Soldaten lebt und in der Lage ist, das Geschehen vor Ort sachkundig zu beurteilen. Die Tatsache, dass sich Soldaten für ihr Verhalten im Auslandseinsatz unter „kriegsähnlichen Verhältnissen“ vor einer zivilen Gerichtsbarkeit im friedlichen Heimatland rechtfertigen müssen, ist so absurd, dass der gesunde Menschenverstand sich wehrt, diesen Zustand zu glauben.

Es ist allerdings anzunehmen, dass der Minister seine Reform nicht zusätzlich mit solchen in der Vergangenheit zu demokratischen „Glaubensfragen“ hochstilisierten Problemen belasten wollte.

## **Innere Führung**

Die Reform tastet die Konzeption vom Staatsbürger in Uniform nicht an. Das ist nur dann kein Problem, wenn der Staatsbürger in Zivil daneben steht. Wir wissen aber, dass dies nicht der Fall ist. Die über die Jahre in viele Hunderttausende gehende Zahl der Kriegsdienstverweigerer und der deutlich über die Hälfte gehende Anteil der Ungedienten der politischen Klasse beweisen dies. Jeder Drückeberger kann heute ministeriellen Rang und mehr erreichen.

## **Völkerrecht**

In Rede und Richtlinien zur Reform betont der Minister wiederholt die Verbindlichkeit des Völkerrechts. Gegenwärtig zerstören nun aber die Flieger der NATO unter „kriegsähnlichen Bedingungen“ bestimmte Objekte der Infrastruktur des Landes in Libyen. Das Mandat der UNO, die oppositionelle Bevölkerung zu schützen, wird, für jeden einfachen Bürger ersichtlich, weit überschritten. Das ist ein gravierender Verstoß gegen das Völkerrecht. Schon der Krieg gegen das ehemalige Jugoslawien war nach Meinung des Altkanzlers Helmut Schmidt und seines Freundes Henry Kissinger ein schwerer Verstoß gegen das geltende Völkerrecht. Bei aller erforderlichen Einbindung unserer Streitkräfte in das Netz der Bündnissysteme sind unsere Soldaten besser als bisher vor solchem verdeckten Missbrauch zu schützen. Ganz offensichtlich steht hier immer wieder Menschenrechtsideologie gegen das herrschende Völkerrecht. Noch gilt Artikel 25 des Grundgesetzes: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“ Die Bundesregierung darf unsere Soldaten nicht diesem Zwiespalt aussetzen und hat sich hierzu klar zu äußern.

## **Modernisierung**

Die noch vom vorhergehenden Minister angekündigte Modernisierung der Streitkräfte bleibt leider wenig greifbar. Vereinfachung der Führungsstrukturen und Stäbe, Abschaffung von ganzen Führungsebenen und andere organisatorische Maßnahmen wie zum Beispiel im Beschaffungswesen sind einleuchtend oder doch wenigstens ausreichend begründet. Daß die

Streichung von Generalstellen wiederholt herausgestellt wird, mag den Geist des so oft berufenen kleinen Mannes erfreuen. Dem überlegten, sachlichen Stil des Ministers widerspricht dieser „Ausrutscher“. Eher hätte den Fachmann vielleicht überzeugt, wenn der Minister etwas über den bewährten Generalstab gesagt hätte. Auswahl und Ausbildung des Führungspersonals der Bundeswehr sind nach wie vor ein entscheidendes Kriterium für die Qualität der Bundeswehr. Das gilt angesichts der gestiegenen Anforderungen einer globalisierten „Armee im Einsatz.“ Es berührt im Übrigen den vom Minister berufenen Zusammenhalt und die Kameradschaft, also das innere Gefüge. Je kleiner die Armee, desto heftiger der Wettbewerb um Positionen.

Mit Umorganisation allein ist Modernisierung nicht gegeben. Hier hätten wir uns unter anderem weitere und konkretere Angaben über Rüstung und Beschaffung gewünscht und hoffen, dass dies in der ausstehenden Feinplanung nachgeholt wird. Immerhin sind der Cyberwar und die Notwendigkeit, hier tätig zu werden, angesprochen

### **Stellung des Generalinspektors**

Hier werden wir misstrauisch. Offensichtlich sind die alten, zivilen und beamtenmäßigen Vorbehalte aus den Gründerjahren mächtiger denn je. In seiner Rede sagt der Minister: „Der Generalinspektor ist der ranghöchste Soldat der Bundeswehr und ihr höchster militärischer Repräsentant. Er ist der militärische Berater der Bundesregierung. Zukünftig wird er truppendienstlicher Vorgesetzter aller Soldaten. Er bleibt aber einem Staatssekretär unterstellt, das ist nach Meinung (Schreibfehler, R.U.-W.) auch so zwingende Folge des Primats der Politik.“ Diese Begründung ist mangelhaft. Der Primat der Politik ist nicht gefährdet, wenn der Generalinspektor den gleichen Rang wie die zwei beamteten und die beiden parlamentarischen Staatssekretäre innehat. Darüber steht immerhin der Verteidigungsminister. Überzeugend wäre die Anhebung des Ranges des Generalinspektors und die Streichung der Stellen der zweiten Staatssekretäre gewesen. So wird die Stimme des Soldaten, wie bisher, oft nicht oder nicht ausreichend gehört werden.

### **Chancen**

Die grundlegende Bundeswehrreform kommt sehr spät. Finanzprobleme, Demographieentwicklung, Attraktivitätsmängel und selbst das Übergreifen der Globalisierung im Rahmen der Bündnispolitik waren vorauszusehen. Es mangelte wohl nicht nur am Willen, sondern auch am Sachverstand der Regierenden. Die vorgelegten Unterlagen über die angestrebte Reform beweisen, dass dieser Sachverstand im Bundesministerium der Verteidigung in hohem Maße vorhanden ist. Vielleicht gelingt es in der geplanten Freiwilligen-Armee, die erforderliche Professionalität der Soldaten den gestiegenen Anforderungen anzupassen. Dazu wird die Unterstützung des Volkes wie der gesamten politischen Klasse benötigt. Läßt man den Minister allein im Regen stehen, ist der Misserfolg vorprogrammiert und die Chance, im Zuge der Reform das Staatsbewusstsein und den Gemeinsinn zu wecken, vertan. Nicht zu vergessen unsere Position im Bündnis! Sicherheit als erste Aufgabe des Staates ist nicht umsonst zu haben und schon gar nicht für Sparmaßnahmen auf der Grundlage vordergründiger Berechnungen. Wir erleben die Nagelprobe unserer politischen Klasse. Demnächst werden wir sehen, ob sie diese besteht.

Literatur:

- Rede des Bundesministers der Verteidigung Dr. Thomas de Maizière, am 18. Mai 2011 in Berlin
- BMVg, Der Bundesminister, Verteidigungspolitische Richtlinien Berlin, den 18. Mai 2011
- BMVg, Eckpunkte für die Neuausrichtung der Bundeswehr, Berlin, 18.05. 2011
- Reinhard Uhle-Wettler: Bedingt abwehrbereit, Deutschlandjournal 2010, SWG Hamburg

Erstveröffentlichung in: Burschenschaftliche Blätter 2/2011